

Einzig und alleine bei den natürlichen Personen

Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler und Regierungschef und Finanzminister Adrian Hasler reagierten in der vergangenen Landtags Sitzung äusserst dünnhäutig auf den Antrag der Freien Liste, die Mindesttragssteuer auf 2000 Franken zu erhöhen. Vor allem störten sich die FBPLer daran, dass die Aussage der Freien Liste nicht wahr sei, dass der Staatshaushalt einnahmenseitig einzig und alleine auf dem Buckel der natürlichen Personen saniert worden ist und nun endlich auch die juristischen Personen über die Mindesttragssteuer an der Reihe wären.

Die Empörung der beiden FBPLer Hasler und Hasler war gross, so sei doch bei den Unternehmen die pro rata Besteuerung bei der Mindesttragssteuer abgeschafft worden, was 2 Millionen Franken gebracht hätte. Durch die Modifizierung des Eigenkapitalzinsabzuges seien 14 Millionen Franken zusätzlich generiert worden und über die AHV hätten auch die Arbeitgeber mehr zur Sanierung des Staatshaushaltes beigetragen.

Es erstaunt dabei erstens, dass die AHV-Revision nun doch plötzlich auch aus FBP-Sicht zur Sanierung des Staatshaushaltes durchgeführt wurde. Zweitens, dass Hasler und Hasler anscheinend die Geschenke an die Unternehmen durch das neue Steuergesetz vergessen haben. So wurde die Couponsteuer, die jährlich schmerzlose 25 Millionen Franken eingebracht hatte, nicht nur abgeschafft, nein, es wurde auch noch der Satz zur Absteuerung von 4 Prozent auf 2 Prozent gesenkt, wodurch alleine schon seit dem Jahr 2010 330 Millionen Franken verloren waren. Jährlich kommen 25 weitere Millionen hinzu. Durch die Einführung des Eigenkapitalzinsabzuges für Unternehmen werden jährlich zusätzlich geschätzte 100 Millionen Franken an die Unternehmen «verschenkt». Dass durch die kleine Anpassung der Modifizierung des EK-Zinsabzugs wenigstens wieder 14 Millionen von denselben hereinkommen, ist nur ein Tropfen auf dem heissen Stein. Vor allem wenn man weiss, dass Unternehmen wie die LKW bei einem Gewinn von 10 Millionen Franken nur gerade die Mindesttragssteuer bezahlen. Es wird von diesen Unternehmen wohl noch einige andere geben.

Die Aussage, dass bis anhin der Staatshaushalt einzig und alleine auf dem Buckel der natürlichen Personen und insbesondere des Mittelstands saniert wurde, ist nicht nur richtig, sondern auch für viele von uns spürbar. Alleine durch die Reduktion des Staatsbeitrags an die Krankenkassen bezahlt jede und jeder, egal ob arm oder reich, 900 Franken pro Jahr mehr an Krankenkassenprämien. Die kleinen Geschenke, die durch das neue Steuergesetz an die natürlichen Personen verteilt wurden, wurden rückgängig gemacht; die happigen Geschenke an die juristischen Personen nur zu einem sehr geringen Teil. Wenigstens konnte in der letzten Landtags Sitzung nun endlich die Mindesttragssteuer erhöht werden, wenn auch in einem ungenügenden Umfang.